



Von der Utopie zur Selbstverständlichkeit

21. Forum Ökumene in Tübingen zum Thema „Frieden schaffen“

Ist die Forderung „Frieden schaffen ohne Waffen“ nur eine Utopie, spätestens seit dem Krieg in der Ukraine? Sie ist es, sagte Markus A. Weingardt von der Stiftung Weltethos beim 21. Forum Ökumene in Tübingen. Aber viele Utopien seien in der Geschichte schon wahr geworden. Der zweite Hauptreferent, der Journalist Andreas Zumach, ging intensiv auf die Hintergründe des Ukraine-Konflikts ein.

Weingardt begann mit einem eindrücklichen Beispiel: Angenommen, ein Ehepaar gibt jedes Jahr 50.000 Euro für ein neues Auto aus. Zugleich investiert es jedes Jahr 50 Euro in Bus und Bahn. Dabei erzählen beide, wie wichtig Bus und Bahn seien, dass sie eigentlich nur ungern Auto fahren und dass das Auto nur in der Garage stehe. Ist das absurd? Natürlich ist es das, doch das Ehepaar handle genau wie die deutsche Bundesregierung. Nach deutlichen Steigerungen gibt diese jedes Jahr mehr als 50 Milliarden Euro für Bundeswehr und Rüstung aus, aber im aktuellen Jahr nur 50 Millionen Euro für Friedensfachkräfte. Werde Gewalt als „Ultima Ratio“ bezeichnet, als allerletztes Mittel, so Weingardt, setze das voraus, dass zuvor alle gewaltlosen Mittel, alle präventiven Maßnahmen, ausgeschöpft worden seien. „Mir ist kein Konflikt bekannt, bei dem das der Fall ist. Viele Politiker folgen einer Gewaltlogik, sie haben kein Wissen über eine gewaltlose Konfliktlösung.“

Krieg als Ausdruck des Versagens

So wenig wie das „Ultima“ stimme das „Ratio“: „Krieg ist die ‚Ultima Irratio‘, ist Ausdruck des Versagens der Vernunft, ist Irrsinn.“ Das völkerrechtliche Recht, sich zu verteidigen, sage noch nichts über den Erfolg aus. Kriege beschleunigten die Rüstungsspirale: Hinterher sage sich der Sieger, er habe gewonnen, weil er stärker war, und rüste weiter auf. Der Verlierer sage sich, er habe verloren, weil er schwächer war, und rüste ebenfalls auf. Weltweit sei 2022 mit über zwei Billionen US-Dollar für Rüstung ein neuer Rekord aufgestellt worden. „Waffen, die produziert und verbreitet werden, werden irgendwann auch eingesetzt.“ Eine Regierung müsse dem Volk erklären, warum das Geld nicht für Schulen, Kindergärten oder anderes zur Verfügung stehe, so werde ein Bedrohungsszenario aufgebaut. „Wollen wir in einer solchen Welt leben? Ich will das nicht.“

Manche Konflikte sind notwendig

Sind Konflikte notwendig? Manche ja, sagt Weingardt. Aber die gewaltsame Eskalation lasse sich verhindern. Nötig seien die Früherkennung, Gespräche, Verhandlungen, wenn nötig Sanktionen und die Vermittlung durch neutrale Akteure. Daran fehle es: „Die Politik schaut zu, wie das Kind um den Brunnen rennt. Ist es dann reingefallen, schickt sie Waffen und Soldaten. Die Frage, wie das passieren konnte, unterbleibt.“

Zur Prävention sei auch Gerechtigkeit nötig – wirtschaftlich, in der Landwirtschaft, auf dem Finanzmarkt, beim Klima. „Darin sollten wir investieren, gerne 100 Milliarden.“

Gewaltloser Widerstand

Gewaltloser Widerstand sei vielfältig: Massendemos, subversive Aktionen, Streiks, Verweigerung von Gehorsam, Aufbau paralleler Strukturen, Lahmlegen von Infrastruktur. „Marcos auf den Philippinen wurde

durch eine gewaltlose Massenbewegung gestürzt. In Mozambique war die Vermittlung einer kleinen kirchlichen NGO entscheidend.“

Gewaltloser Widerstand sei nicht harmlos und nicht passiv. „Er braucht Mut, Tatkraft und Beharrlichkeit. Auch er fordert Opfer, aber viel weniger.“ Studien der Friedensforschung zeigten die Erfolge von gewaltlosem Widerstand und zivilen Konfliktlösungen. Diese Instrumente wirkten schneller als Gewalt, die Chance für einen demokratischen Aufbau sei viel größer. „Wir müssen Alternativen thematisieren, dürfen den Diskurs nicht den Scharfmachern überlassen.“

Utopie, nicht Illusion

Militärische Gewalt zu überwinden, sagte Weingardt, sei eine Utopie, aber keine Illusion. Viele Selbstverständlichkeiten von heute seien einst Utopien gewesen: Dass eine Stadt ohne Stadtmauer auskomme, dass Frauen dieselben Rechte haben, dass der Mensch fliegen könne, dass die Sklaverei abgeschafft sei – letztere bestehe allerdings in neuen Formen weiter. „Das war möglich, weil viele Menschen an vielen Orten an diesen verrückten Ideen festgehalten haben.“

3500 Kilogramm Treibstoff pro Stunde

Jacqueline Anders von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen erläuterte den 100 Gästen, im Schlatterhaus der Evangelischen Studierendengemeinde und online, die katastrophale Klimabilanz des Militärs: Ein Leopard II-Panzer brauche 500 Liter pro 100 Kilometer, ein Eurofighter 3500 Kilogramm Treibstoff pro Stunde. Die US-Verteidigung stoße mehr Kohlendioxid aus als Dänemark oder Portugal. Bei Übungen komme es immer wieder zu schlimmen Unfällen wie den Moorbrand von 2018. „U-Boote sinken, militärische Pipelines laufen aus. Was schiefgehen kann, geht schief.“

Kampflieger gegen den Blackout?

Paul Russmann von „Ohne Rüstung Leben“ mahnte eine „Deeskalation in der Wortwahl“ an. „Die Argumente, die wir für Abrüstung hatten, werden nicht falsch.“ Waffenlieferungen führten zu einer Verlängerung des Krieges, außerdem blieben die Waffen dort. Einen modernen Industriestandort mit Kampfflugzeugen verteidigen zu wollen, mache keinen Sinn. Heute könne ein Angreifer ein Land mit einem Blackout lahmlegen. „Wir brauchen den Atomwaffenverbotsvertrag. Die Kirchen sind weiter gefragt, ihre Bereitschaft zu betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben. Wir brauchen ein Rüstungsexportkontrollgesetz, dass die Exporte beendet.“

„Wir werden verhandeln müssen“

Die erste Diskussionsrunde wandte sich sehr schnell der Ukraine zu. Putin habe die NATO schon vor Jahren auf der Münchner Sicherheitskonferenz gewarnt, sich immer weiter nach Osten auszudehnen, sagte eine Zuhörerin. „Prävention hätte bedeutet, dies nicht zu tun.“ Ein Zuhörer betonte, dass die großen Medien in Deutschland nicht neutral seien: „Wir bekommen kein objektives Bild.“

Pfarrerin Heike Bosien, Leiterin des Dienstes für Mission, Ökumene und Entwicklung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (DiMOE), sprach sich gegen Forderungen aus, die Russisch-Orthodoxe Kirche von der kommenden 11. ÖRK-Vollversammlung in Karlsruhe auszuladen. „Die Türen sollten offen bleiben. Der Weltkirchenrat war immer ein Forum des Dialogs.“ Notwendig sei stattdessen eine Sondereinladung an die Kirchen der Ukraine, damit sie in Karlsruhe vertreten seien. Den Ausschluss einer Kirche aus der internationalen Gemeinschaft habe es noch nie, nicht einmal zur Zeit der Apartheid in Südafrika, gegeben. Allenfalls habe sich eine Kirche für einige Zeit selbst aus dem ÖRK zurückgezogen.

Weingardt erinnerte an den Unterschied zwischen Krieg und Konflikt: „Den Ukraine-Konflikt werden wir lösen müssen, egal wie der Krieg ausgeht. Wir werden verhandeln müssen.“

„Zäsur ja. Zeitenwende nein!“

100 Milliarden Euro bräuchte die Deutsche Bahn und nicht die Bundeswehr, sagte der Journalist Andreas Zumach, der mit zwei Stunden Zugverspätung in Tübingen ankam. Diesen Betrag als „Sondervermögen“ für die Bundeswehr zu bezeichnen, sei eine begriffliche Lüge in sich: „Es sind Sonderschulden.“

Der Krieg in der Ukraine sei eine Zäsur, aber keine Zeitenwende: Wer so rede, der versuche, die Geschichte der letzten 30 Jahre zu entsorgen, mit dem falschen Verhalten der EU und der NATO gegenüber Russland, und schaffe damit eine ideologische Grundlage für eine Neubekräftigung der atomaren Abschreckungspolitik. „Es war gespenstisch, dass die einzigen drei Bundestagsabgeordneten, die in der Debatte vom 27. Februar an die Option erinnerten, in den Jahren 1990 und 1991 eine Friedensordnung inklusive Russland in der OSZE aufzubauen, von der AFD kamen.“ Die Aussage von Egon Bahr von 1972, dass es eine Friedensordnung in Europa nur *mit* Russland, nicht ohne oder gegen Russland, geben könne, gelte noch immer.

„Der Pazifismus wurde nie ernsthaft versucht“

Sei der Pazifismus gescheitert? Nein, er sei in Deutschland noch nie ernsthaft versucht worden. Deutschland liege bei den Rüstungsexporten aktuell auf Platz 4, hinter China, führe mit seiner Handelspolitik koloniale Strukturen weiter. Zumach plädierte entschieden dafür, zivilgesellschaftliche Kontakte nach Russland fortzusetzen – mit Städtepartnerschaften, in Wissenschaft und Kunst. „Ich kenne Menschen, die alle zwei Tage mit Russland telefonieren.“

Wie dieser Krieg weitergehe und ausgehe, könne niemand sagen, aber, so Zumach: „Wir sollten unser Denken auf die Zeit danach ausrichten.“ Nach Kriegsende brauche es Rüstungskontrollen und Abrüstungsverhandlungen. Nötig sei die Bereitschaft der NATO, auch ihre eigenen Kapazitäten zu begrenzen. „Die westliche Hybris muss enden.“ Wenn die EU mit der Ukraine verhandle, müsse das anders laufen als von 2010 bis 2013, ohne ein Entweder-oder. „Die berechtigten wirtschaftlichen Interessen Russlands müssen berücksichtigt werden.“ Für den Donbass müsse es einvernehmliche Lösung geben, etwa mit einer von der UN und OSZE begleiteten Abstimmung und einer weitgehenden Autonomie. Auch der Kosovo, in den die NATO genauso völkerrechtswidrig einmarschiert sei wie jetzt Putin in die Ukraine, brauche ein einvernehmliches Verfahren: „Dort ist nichts in Ordnung, das ist ein korrupter Mafia-Staat.“

Die Ukraine wird verlieren

Für Zumach steht fest: „Die Ukraine wird diesen Krieg militärisch verlieren.“ Alle seriösen Militärexperten bestätigten, dass die russische Seite haushoch überlegen sei, trotz aller Schwierigkeiten. Russland könnte 2,5 Millionen Soldaten mobilisieren. Die Überlegenheit der Artillerie liege bei 40 zu 1. Die Reichweiten der Geschosse lägen bei 120 Kilometer, der ukrainischen bei 40 Kilometer. Wie viele Menschen in der Ukraine noch sterben, hänge nicht nur von der Regierung Selensky ab. Die Behauptung, Putin wolle die Sowjetunion wieder herstellen, sei falsch. Putins Blick gelte nur russischem Gebiet.

Putin habe die Krim völkerrechtswidrig annektiert. Aber warum habe er das getan? Damit habe er den Hafen in Sewastopol sichern wollen. Denn die neue ukrainische Regierung habe 2014 an ihrem ersten Tag zwei Dinge beschlossen: Sie wollte im Land die russische Sprache verbieten und sie wollte den bis 2042 laufenden Vertrag über die russische Nutzung des Hafens bis 2017 kündigen.

Was tun?

Am Ende berichtete Zumach von Menschen, die die 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr für eine innenpolitische Katastrophe halten und zur Einfrierung von Steueranteilen aufrufen. Sie verweigern den für Rüstung aufgewendeten Anteil ihrer Steuern und zahlen ihn stattdessen auf ein Sperrkonto ein. Bisher seien dies kleine Initiativen. Doch in der Breite, falls sich viele anschließen, könne dies Wirkung zeigen, sagte er.

Kontakt:

Peter Dietrich, Freier Journalist, Tel. 07153/894 07 15, peter.dietrich@journalist-pd.de

Heike Bosien, Pfarrerin, Tel. 0711-229 363 266, heike.bosien@elk-wue.de